

Stellungnahme der Allianz zum ROV –Schiene, Dialogforum 16.09.2014

Sehr geehrte Damen,
Sehr geehrte Herren,

gerne kommen wir der Aufforderung nach, eine Stellungnahme zum abgeschlossenen ROV abzugeben.

Wohl nicht nur wir waren sehr erstaunt darüber, dass die Landesregierung tatsächlich zu dem Schluss kommt, dass die Planung der Bahn keine raumverträgliche Trasse ergeben hat. Diesem Ergebnis schließen wir uns ohne Einwände an.

Die Prüfungsbehörde des Landes hat jedoch eine andere Trasse vorgeschlagen, die unsere Umwelt noch stärker belastet und zerstört, die Naturschutzgebiete durchläuft, Ackerböden versiegelt und andere Menschen mit Lärm quält. Der einzige Vorteil ist: es sind vielleicht weniger Menschen, die den Lärm ertragen müssen. (Oft zu wenige für einen aktiven Lärmschutz!).

Natürlich ahnen hier alle im Raum, warum die Vorzugstrasse in dieser Form vorgeschlagen wurde: Es sollte eine Beruhigungspille für die Badeorte und deren Bürger sein, zahlenmäßig mehr potentielle Wähler als im dünn besiedelten Land.

Das Ergebnis des ROV hätte allein schon durch die hohe Anzahl der Einwendungen zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die Halbinsel Wagrien in Ostholstein für einen Ausbau der Schiene zur Gütertransitstrecke nicht geeignet ist. Es gibt kaum eine Region mit einer höheren Fremdenverkehrsdichte.

Für ein Projekt wie die FFBQ , für das es keinen Bedarf gibt und welches ein volkswirtschaftliches Fiasko wird, dürfen weder Natur noch Menschen geopfert werden.

Stattdessen wird von der Planungsbehörde und der Landesregierung eine neue ca. 55 km lange Trasse entlang der Autobahn empfohlen mit Formulierungen wie „wenn es der Artenschutz zulässt“ und „Pflanzen und Tiere sind umzusiedeln“.

Das Ergebnis ist traurig für die Natur und für den Menschen, der dort lebt. Jeder, der rechnen kann, wird zu dem Schluss kommen, dass das zur Verfügung stehende Geld im Verkehrshaushalt des Bundes nicht ausreichen wird, solch eine Trasse zu realisieren .Den Bürgern dann auch noch zwei neue Fehmarnsund-Brücken zu versprechen, halten wir für ausgesprochen unehrlich!

Herr Meyer betont immer: „die Dänen zeigen uns, wie man ein Projekt richtig angeht“. Unser Ministerpräsident sitzt inmitten von dänischen Lobbyisten auf einem Segelboot und lobt Dänemark, wie gut man dort Projekte plant und ausführt.

Der ehemalige Mitarbeiter im Dänischen Straßenbauamt und Traffic-Manager von 2002-2010 Knud Erik Andersen deckt auf, dass die ganze Finanzierung zur Festen Fehmarnbelt Querung durch das Konstrukt einer GmbH (dän. AS) an der Öffentlichkeit vorbei zu einer immensen, verdeckten Staatsverschuldung führt, an deren Ausgleich Dänemarks folgende 2 -3 Generationen zu bezahlen haben.

Wenn das das Ziel unserer Politiker ist, dann Gnade uns Gott!

Da wären unsere Straßen und Brücken, Herr Albig, die sich in einem katastrophalen Zustand befinden, unsere Schulen die immer öfter geschlossen werden und baulich stark renovierungsbedürftig sind. Unsere Krankenhäuser, die fast alle privatisiert werden, die

Geburtenstationen, die im ländlichen Raum ausgedünnt und geschlossen werden.(Inzwischen ist es üblich, dass in Ostholsteins Norden Kinder auf Standstreifen und Parkplätzen geboren werden.) Sie planen Industrie- und Gewerbegebiete entlang der Hinterlandanbindung und können den Firmen noch nicht einmal ein leistungsfähiges Internet und Telefonnetz bieten. Wir alle haben in diesem Sommer einen Eindruck davon erhalten, wie leistungsfähig/- schwach das Telefon- und Internet in OH ist, wenn tausende von Gästen Bilder versenden. Viele Leute waren stundenlang nicht erreichbar, weil durch Überlastung das Netz zusammengebrochen ist.

Ich erinnere an die Rader Hochbrücke: sie muss innerhalb der nächsten 11 Jahre neu gebaut werden, an die Schleusen im Nord- Ostseekanal, die dringend erneuert werden müssen! Was ist denn bisher dort passiert? –Wenig- Nichts-! Kein Geld ! Jetzt kommt das neuste „Schnäppchen“: nicht eine sondern gleich zwei neue Brücken über den Fehmarnsund sollen es werden und die alte bleibt für Trecker und Fußgänger. Darf es noch etwas mehr sein?

Wir fordern die Politiker auf, endlich damit Schluss zu machen, unsere Steuergelder zu verschleudern. Sie haben noch mit keinem Großprojekt in Deutschland nachgewiesen, dass Sie überhaupt in der Lage sind, solche Projekte durchzuführen. Stuttgart 21, Elbphilharmonie, Berliner Flughafen sprechen eine eigene Sprache. Die Kosten der Hinterlandanbindung haben sich schon jetzt um ein vielfaches gegenüber der Zeit der Abstimmung im Bundestag erhöht!

Wir wollen endlich von Ihnen wissen, wie Sie diese vielen Infrastrukturellen Probleme lösen wollen. Unser Appell an Sie: verzichten Sie auf die FFBQ und investieren Sie in sinnvolle Projekte